

„Ich halte einen Krieg für unvermeidlich und: je eher, desto besser.“

Helmuth von Moltke, Chef des deutschen Generalstabs, 8. Dezember 1912

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts steht Europa mehrmals an der Schwelle zum Krieg. Das Großmachtstreben des Deutschen Reiches, das sich vor allem bei der kolonialen Aufteilung Afrikas benachteiligt fühlt, führt zu einem Wettrüsten mit dem British Empire. Mit Frankreich steht Deutschland ohnedies in einem Dauerkonflikt um das Elsass. Gleichzeitig heizt der vom Russischen Kaiserreich geförderte Pan-slawismus die Nationalitätenkonflikte und Unabhängigkeitsbestrebungen innerhalb der österreich-ungarischen Monarchie immer weiter an.

1904 schließen sich Frankreich und Großbritannien zur Entente cordiale („herzliches Einverständnis“) zusammen; im Jahr darauf provoziert Kaiser Wilhelm II. mit seinem Besuch in Tanger, bei dem er Einspruch gegen die geplante französische Schutzherrschaft über den Maghreb erhebt, die Erste Marokkokrise. Für das Deutsche Reich beginnt damit der Weg in die außenpolitische Isolation. Reichskanzler Bernhard von Bülow prägt das Schlagwort von der britischen „Einkreisungspolitik“ – eine Einschätzung, die 1907 durch den Petersburger Vertrag zwischen Großbritannien und Russland sowie die Ausweitung der Entente cordiale zur Triple Entente neue Nahrung erhält. Als einziger verlässlicher Partner Berlins bleibt somit nur noch Österreich.

„Europäisches Gleichgewicht“

Mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina im Oktober 1908 durch Österreich-Ungarn, das die beiden zum Osmanischen Reich gehörenden Balkanprovinzen bereits seit 1878 besetzt hält, droht ein bewaffneter Konflikt mit Serbien und seiner Schutzmacht Russland. Allerdings muss das von Krieg und revolutionären Unruhen geschwächte Zarenreich vorerst einlenken. Erstes Opfer der nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen am Balkan wird 1912 deshalb das Osmanische Reich – der „*ranke Mann am Bosphorus*“.

Der Vormarsch französischer Truppen in Marokko und die Entsendung des Kanonenbootes „Panther“ nach Agadir lösen 1911 die Zweite Marokkokrise aus, die das Deutsche Reich und Frankreich neuerlich an den Rand eines Krieges bringt. Noch verhindert die unzureichende militärische Vorbereitung ein sofortiges Losschlagen. Das von Weltmachtphantasien getriebene Deutsche Reich und die von innerer Auflösung bedrohte Doppelmonarchie bereiten den bewaffneten Konflikt jedoch vor – und auch ihre Gegenspieler rüsten auf.

„Vor dem Weltkriege bildeten die Aufwendungen für das Heer und die Flotte und für den weiteren Ausbau der Rüstungen den wichtigsten Ausgabenposten in den Etats fast sämtlicher Staaten. Hierauf entfielen im Jahre 1913 in Rußland 40 Prozent der ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben zusammen, in Deutschland 57 Prozent der Ausgaben des Reichs und 8 Prozent der Ausgaben der Länder, in Großbritannien 43 Prozent der Staatsausgaben, in Frankreich 41 Prozent“.

(W. S. Woytinsky, Die Welt in Zahlen, 1928)

EQUILIBRIO EUROPEO !!



Postkarte „Europäisches Gleichgewicht“

© Wascsalon Karl-Marx-Hof

„Der Kongreß bestätigt die Resolution der früheren internationalen Kongresse ...“

Aus der Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses, Stuttgart 1907

Der drohende Krieg ist bei den regelmäßigen Zusammenkünften der aufstrebenden sozialdemokratischen Parteien des Kontinents *das* bestimmende Thema. „In der Tat“, schreibt der Publizist Julius Braunthal 1961, „beherrschte die Frage, wie die Arbeiterklasse Kriege verhindern könnte, nahezu alle Kongresse der Internationale“. Bereits bei dem im Juli 1889 in Paris abgehaltenen Gründungskongress der Zweiten Internationale wird die Erhaltung des Friedens „als die erste und unerläßliche Bedingung jeder Arbeiteremanzipation“ bezeichnet. Zwei Jahre später, beim Kongress in Brüssel, wird eine eher vage gehaltene Resolution gegen den Krieg angenommen. Eine schärfer formulierte Erklärung, in der der Niederländer Ferdinand Nieuwenhuis für den Falle eines Krieges zum Generalstreik aufruft, findet nur die Zustimmung der Briten und Franzosen. Wilhelm Liebknecht bezeichnet ein solches Vorhaben als „utopisch“ und „phrasenhaft“ – die deutschen Arbeiterführer würden in diesem Fall umgehend verhaftet oder gar „fusiliert“.

„Plutôt l'insurrection que la guerre“

„Lieber die Revolte als den Krieg“, Édouard Vaillant, 14. Februar 1904

Im August 1907 findet der Internationale Sozialistenkongress zum ersten und einzigen Mal auf deutschem Boden, in Stuttgart, statt. Angesichts der aktuellen Kriegsgefahr sind der *„Militarismus und die internationalen Konflikte“* die Hauptthemen. Über die Frage, mit welchen Mitteln ein Krieg verhindert werden könne, kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen. Der Franzose Jean Jaurès plädiert für den Generalstreik; noch radikaler äußert sich sein Landsmann Gustave Hervé, der dafür eintritt, im Falle eines Krieges mit Fahnenflucht und bewaffnetem Aufstand zu reagieren.

Mit Blick auf die eigene Partei argumentiert August Bebel, dass ein solches Vorgehen die SPD in eine äußerst schwierige Lage brächte und neue Repressionen bedeutete: *„Wir können nichts tun als aufklären, Licht in die Köpfe bringen, agitieren und organisieren.“* Die Abschlusserklärung enthält deshalb nur einen Minimalkompromiss:

„Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie [die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertreter, Anm.] verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Unter dem Eindruck des Ersten Balkankrieges kommt die Sozialistische Internationale im Spätherbst 1912 zu einem außerordentlichen Treffen in Basel zusammen. Beschlüsse werden auch diesmal keine gefasst. Die Mitglieder der Internationale verpflichten sich jedoch feierlich, einen Krieg mit den am wirksamsten erscheinenden Mitteln zu verhindern oder, falls er doch ausbrechen sollte, für seine rasche Beendigung einzutreten. Die für den Sommer 1914 in Wien geplante Feier zu ihrem 25-jährigen Bestehen wird die Zweite Internationale, die sich selbst als *„der mächtigste und wichtigste Garant des Weltfriedens“* versteht, nicht mehr erleben.

„So oft und so heftig auch die sozialistischen Parteien aller Länder und die Internationale Protest gegen einen Krieg erhoben haben und mit Entrüstung allen Versuchen der Kriegshetzer entgegengetreten sind, so wenig haben sie sich mit der Frage beschäftigt, was geschehen soll, falls dennoch ein Krieg ausbricht.“

(Robert Danneberg, 1915)

Ein „grausam rauhes Erwachen“

Eduard Bernstein, Theoretiker
und Politiker der deutschen
Sozialdemokratie

Nach dem Attentat des serbischen Nationalisten Gavrilo Princip auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau am 28. Juni in Sarajevo steuert Europa nahezu unausweichlich auf einen Krieg zu. Da nach Auffassung der österreichisch-ungarischen Regierung serbische Anhänger des Panslawismus hinter dem Anschlag stünden, stellt sie Serbien am 23. Juli ein bewusst unannehmbar gehaltenes Ultimatum. Gleichzeitig lehnt die deutsche Regierung die Abhaltung einer Botschafterkonferenz der vier nicht direkt in den Konflikt involvierten europäischen Großmächte ab.

Am 28. Juli erklärt Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Nun bestimmen die bestehenden Allianzen den weiteren Verlauf der Ereignisse: Am 30. Juli beschließt Zar Nikolaus II. die Generalmobilmachung. Daraufhin fordert das Deutsche Reich Russland ultimatativ auf, sämtliche Kriegsvorbereitungen einzustellen. Am 1. August verfügt Wilhelm II. seinerseits die Generalmobilmachung und erklärt Russland den Krieg. Im Deutschen Reich löst dies eine Welle nationalistischer Hysterie aus. Vom Balkon seines Berliner Schlosses ruft der deutsche Kaiser in die aufgepeitschte Menge: *„In dem jetzt bevorstehenden Kampfe kenne Ich in Meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche.“* Tags darauf besetzen deutsche Truppen das neutrale Luxemburg und leiten die Westoffensive ein.

Am 3. August erklärt die deutsche Regierung auch Frankreich den Krieg. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Belgien bricht Großbritannien die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab, was einer Kriegserklärung gleichkommt. Am 6. August tritt Österreich-Ungarn in den Krieg mit Russland ein, wenige Tage später folgen die Kriegserklärungen Frankreichs und Großbritanniens an Österreich-Ungarn. Italien distanziert sich derweil von seinen Bündnispartnern und pocht auf seine Neutralität.

Europa befindet sich im Krieg

Mit dem Beginn des Krieges zerbricht die Zweite Internationale: Beratungen zwischen deutschen und französischen Sozialdemokraten in Hinblick auf eine einheitliche Haltung zum Krieg verlaufen ergebnislos, der Aufruf der britischen Sozialisten zum Generalstreik verpufft folgenlos. Die SPD stimmt für die Kriegskredite, die österreichische SDAP, die französische SFIO und auch die britische Labour Party nehmen mehrheitlich die politischen Positionen ihrer jeweiligen Regierungen ein. Während die einen den *„despotischen Zarismus“* zu bekämpfen meinen, ziehen die anderen gegen den *„preußischen Militarismus“* ins Feld. Die Sozialistische Internationale, die sich dem Frieden und der Solidarität verschrieben hat, geht im Kriegstaukel unter. Selbst ein Mann wie Victor Adler beugt sich dem scheinbar Unausweichlichen:

„Für diesen Staat haben wir nicht viel übrig, aber für die Menschen, die in diesem Staat leben [...] Österreich ist schlimm, aber gegen ein definitives Rußland wollen wir es nicht austauschen.“

„Dieser Krieg ist nicht unser Krieg.“

Aus der gemeinschaftlichen Erklärung der französischen und deutschen Delegierten in Zimmerwald

Ende September 1914 findet in Lugano eine Konferenz der sozialdemokratischen Parteien Italiens und der Schweiz statt – ein erster Versuch, linke Kriegsgegner zusammenzuführen. Wenige Monate später, im Februar 1915, treten in London die sozialdemokratischen Parteien der alliierten Länder zu einer Konferenz zusammen. In der Abschlussresolution betonen die Teilnehmer das Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Der Sieg der Alliierten werde Freiheit und Frieden bringen – und einen Bund der Vereinigten Staaten Europas.

Die schweizerisch-italienischen Bemühungen münden schließlich in die Konferenz von Zimmerwald. Federführend ist dabei der Schweizer Robert Grimm, der im März 1915 in der Zeitschrift *Neues Leben* unter dem Titel „Wir müssen wagen!“ die Aufgabe der „Burgfriedenspolitik“ fordert. An der geplanten Konferenz sozialdemokratischer Parteien der neutralen Länder sollten deshalb auch Abgeordnete aus den kriegführenden Nationen teilnehmen können.

Anfang September 1915 trifft sich im Hotel Beau Séjour im schweizerischen Zimmerwald „ein kleines Häuflein von Verpönten und Verleumdeten, die die Fahne der proletarischen Solidarität den Händen der ehemals so starken Internationalen entrissen“ (Angelica Balabanoff): Schweizer und Italiener, Polen, Letten, Rumänen, Bulgaren, Niederländer, Schweden, Norweger, aber auch Franzosen und einige deutsche Abgeordnete wie Adolph Hoffmann und Georg Ledebour. Die aus heutiger Sicht prominentesten Teilnehmer sind Wladimir Iljitsch Lenin, der seit 1914 in Bern lebt, und Leo Trotzki. Die britischen Sozialdemokraten erhalten keine Reisepässe; auch Österreicher sind nicht vertreten.

Trotz großer Meinungsverschiedenheiten einigen sich die 37 Teilnehmer aus zwölf Ländern schließlich auf ein Manifest, dessen Text von Grimm und Trotzki verfasst wird. Einige Delegationen bestehen jedoch darauf, Zusätze zu verabschieden. Im Zimmerwalder Manifest wird die Unterstützung der Kriegführung durch die sozialdemokratischen Parteien kritisiert und zur Aufkündigung des „Burgfriedens“ aufgerufen.

„Proletarier Europas!

Mehr als ein Jahr dauert der Krieg. Millionen von Leichen bedecken die Schlachtfelder, Millionen von Menschen wurden für ihr ganzes Leben zu Krüppeln gemacht. Europa gleicht einem gigantischen Menschenschlachthaus. [...] Arbeiter! Ausgebeutet, entrechtet, mißachtet – nannte man euch beim Ausbruch des Krieges, als es galt, euch auf die Schlachtbank, dem Tod entgegenzuführen, Brüder und Kameraden. Und jetzt, da euch der Militarismus verkrüppelt, zerfleischt, erniedrigt und vernichtet, fordern die Herrschenden von euch die Preisgabe eurer Interessen, eurer Ziele, eurer Ideale, mit einem Wort: die sklavische Unterordnung unter den Burgfrieden. [...] Proletarier! Seit Ausbruch des Krieges habt ihr eure Tatkraft, euren Mut, eure Ausdauer in den Dienst der herrschenden Klassen gestellt. Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus, für die Erlösung der unterdrückten Völker wie der geknechteten Klassen einzutreten durch den unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf. [...] Kein Opfer zu groß, keine Last zu schwer, um dieses Ziel: den Frieden unter den Völkern zu erreichen.“

Aufsehen erregt eine gemeinsame Deklaration der deutschen und der französischen Delegation, die den Krieg verurteilen und einen Frieden ohne Annexionen fordern.

S/G

S/G

„Es kann keine Einheit geben zwischen Sozialisten und Dienern der Bourgeoisie.“

Grigori Jewsejewitsch Sinowjew,
Gegen den Strom, 1921

Ende April 1916 findet im schweizerischen Kiental die zweite Internationale Sozialistische Konferenz statt. Das in Kiental verabschiedete Manifest spiegelt bereits deutlich den wachsenden Einfluss der revolutionären Kräfte wider und findet wegen der zunehmenden Ablehnung des Krieges stärkeren Widerhall. Die Teilnehmer distanzieren sich vom „bürgerlichen oder sozialen Pazifismus“ und fordern die Vertreter der sozialistischen Parteien zur „sofortige[n] Ablehnung jeglicher Unterstützung der Kriegspolitik der Regierungen“ und zur Verweigerung weiterer Kriegskredite auf.

In der Folge verschärfen sich die Differenzen zwischen der zentristischen Mehrheit und der „Zimmerwalder Linken“ um Lenin – die Spaltung der Arbeiterbewegung in reformorientierte sozialdemokratische Parteien einerseits und kommunistische Parteien mit revolutionärem Anspruch andererseits ist damit vorprogrammiert. Pass- und Visa-verweigerungen der am Krieg beteiligten Nationen behindern die weiteren Kontakte, der Kriegseintritt der USA, die Revolution in Russland und die „Grimm-Hoffmann-Affäre“ um einen Separatfrieden im Osten, die Grimms Position innerhalb der Bewegung schwächt, untergraben letztendlich die gemeinsame Basis der „Zimmerwalder“.

Neben der Zimmerwald-Bewegung kommt es – verstärkt ab Ende 1916 – zu den unterschiedlichsten Friedensinitiativen, Verhandlungen und Treffen. Sie alle scheitern, meist an der Verschuldensfrage sowie an der offenen Zukunft Österreich-Ungarns und Elsass-Lothringens.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung

Die dritte Internationale Sozialistische Konferenz im Juni 1917 in Stockholm bleibt weitgehend bedeutungslos. Die österreichische Delegation – mit Victor Adler, Karl Renner, Karl Seitz und Anton Hueber – wird von Diplomaten argwöhnisch beobachtet, „falls unsere sozialdemokratischen Politiker eine vom Standpunkte unserer staatlichen Interessen abträgliche Haltung einnehmen sollten“ (Außenminister Ottokar Czernin an den Sonderbeauftragten Emil Fürstenberg, 7. Mai 1917). Victor Adler fordert eine Beendigung des Krieges auf der Grundlage eines Verständigungsfriedens; Forderungen nach einem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ lehnt die österreichische Delegation entschieden ab.

Die Oktoberrevolution 1917 und die Etablierung des Sowjetsystems in Russland besiegeln schließlich die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung. Am 4. März 1919 konstituiert sich in Moskau die Dritte – die Kommunistische – Internationale. In einer gemeinsamen Erklärung der Teilnehmer von Zimmerwald auf diesem Kongress heißt es:

„Die Zimmerwalder Vereinigung hat sich überlebt. Alles, was wirklich revolutionär war in der Zimmerwalder Vereinigung, geht in die Kommunistische Internationale über.“

„Die deutsche Sozialdemokratie konnte den Weltfrieden retten ...“

Karl Kautsky, Wie der Weltkrieg entstand, 1919

1914 versagt die europäische Sozialdemokratie. Unvorbereitet, zögerlich, von den Ereignissen überrascht und kleinmütig um „*das bisher Errungene*“ besorgt folgen die Sozialdemokraten ihren jeweiligen Regierungen in den Krieg, zähneknirschend die einen, vom nationalistischen Furor infiziert die anderen. Karl Marx’ Appell „*Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*“ hatte sich in sein Gegenteil verkehrt.

Zu Kriegsende im Herbst 1918 gehören die europäischen sozialdemokratischen Parteien dennoch zu den Kriegsgewinnern. Trotz der starken Zersplitterung der französischen Linken sind Sozialdemokraten, Radikale und unabhängige Sozialisten an den meisten Nachkriegsregierungen beteiligt, und mit der Volksfrontregierung unter Léon Blum erhält Frankreich 1936 eine erste ausschließlich linke Regierung. In Großbritannien stellt die Labour Party 1924 mit Ramsay MacDonald erstmals – und von 1929 bis 1931 neuerlich – den Regierungschef.

Russland und Italien zeigen allerdings vor, wohin der Weg Europas in den kommenden Jahren führen wird. Nach Lenins frühem Tod im Jahr 1924 errichtet sein Nachfolger Josef Stalin ein totalitäres Schreckensregime. Und in Italien schwingt sich der frühere Marxist Benito Mussolini zum ersten faschistischen Herrscher des Kontinents auf.

Deutschland und Österreich

In Deutschland sind es die SPD und die linken Abweichler der USPD, die die Weimarer Republik begründen. Auch in Österreich sind die Sozialdemokraten federführend an der Ausrufung der Republik beteiligt – und im Roten Wien entsteht in den folgenden Jahren eines der aufsehenerregendsten gesellschaftspolitischen Experimente der Zeit. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs wird darüber hinaus zur führenden Kraft der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien („Wiener Internationale“), deren Anspruch es ist, die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung zu überwinden.

Sowohl Deutschland als auch Österreich werden von den Siegermächten im Friedensvertrag von Versailles und im Vertrag von Saint-Germain zu Gebietsabtretungen und harten Reparationszahlungen verpflichtet. Bei vielen Menschen verfestigt sich deshalb die Einstellung, man habe diesen Krieg nicht militärisch, sondern „*an der Heimatfront*“ verloren. Diese „*Dolchstoßlegende*“ liefert rechtsextremen Gruppierungen und Parteien schlagende Argumente gegen die jungen Demokratien und wird letztendlich den Aufstieg des Nationalsozialismus entscheidend begünstigen. Der „*Große Krieg*“ zu Beginn des Jahrhunderts steht somit am Beginn weiterer Katastrophen, die Europa und die Welt wenige Jahre später erneut an den Rand des Abgrunds führen werden.

„Die Sozialdemokratie blieb zwar die größte und zuverlässigste demokratische Partei der Republik. Aber sie vermochte weder ihren Führungsanspruch aufrechtzuhalten noch die unzulänglich fundierte bürgerliche Demokratie, trotz aller Opfer, die sie für diese brachte, vor dem Untergang zu retten.“ (Erich Matthias, 1972)

„Es gibt nur eines, was noch schlimmer ist als der Krieg, das ist die Niederlage.“

Victor Adler vor den Vertrauensmännern der SDAP, August 1914

Nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer kann die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) bei den Wahlen im Jahr 1907 ihren Mandatsstand vervielfachen und wird knapp hinter den Christlichsozialen zweitstärkste, 1911 sogar stärkste Fraktion im Reichsrat. Die Freude über den Wahlerfolg wird jedoch durch die Nationalitätenkonflikte getrübt. Die Tschechen sind 1912 die Ersten, die sich von der SDAP abspalten, in der Folge verlassen auch die anderen Nationen die Partei und gründen eigene Fraktionen.

Der Kriegsausbruch trifft die österreichische Sozialdemokratie völlig unvorbereitet. Parteigründer Victor Adler selbst schätzt die Gefahr eines Krieges zunächst als gering ein, zumal ein größerer militärischer Konflikt den Fortbestand der Habsburgermonarchie gefährden würde. An seinen Sohn Friedrich schreibt er am 11. Juli: „Aber ich verlasse mich auf unsern alten Herrn [den Kaiser, Anm.], der will nicht ...“ Zu dieser Zeit überwiegt noch die Sorge, ob der für Ende August in Wien geplante Kongress der Sozialistischen Internationale stattfinden könne.

Die SDAP steht schon seit längerer Zeit aufseiten derer, die bezweifeln, dass es effiziente Mittel gegen einen Krieg gebe. Bei der eilig einberufenen Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus (I.S.B.) in Brüssel am 29. Juli betont Victor Adler: „Man läuft Gefahr, die Arbeit von 30 Jahren zu vernichten, ohne irgendein politisches Resultat“. Besonders fürchtet man um das Parteieigentum – etwa die Druckerei und den Verlag. Hauptaufgabe sei es nun, „gerüstet zu sein und zu bleiben für die Zeit nach dem Kriege“ und alles zu vermeiden, „was den Behörden einen begründeten Anlaß oder Vorwand zur Unterdrückung oder Behelligung unserer Organisation geben könnte“. Und: „Die Partei ist wehrlos. [...] Die Ideen des Streiks und so weiter sind nur Phantasien.“



„... die heilige Sache des deutschen Volkes“

Eine formale Zustimmung zu den Kriegskrediten bleibt der SDAP erspart, denn der Reichsrat ist bereits seit 16. März „vertagt“. In der Arbeiter-Zeitung vom 5. August verfasst Friedrich Austerlitz einen Leitartikel über die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten – betitelt „Der Tag der Deutschen Nation“:

„Diesen Tag des vierten August werden wir nicht vergessen. Wie immer die eisernen Würfel fallen mögen – und mit der heißesten Inbrunst unseres Herzens hoffen wir, daß sie siegreich fallen werden für die heilige Sache des deutschen Volkes –: das Bild, das heute der Deutsche Reichstag, die Vertretung der Nation, bot, wird sich unauslöschlich einprägen in das Bewußtsein der gesamten deutschen Menschheit, wird in der Geschichte als ein Tag der stolzesten und gewaltigsten Erhebung des deutschen Geistes verzeichnet werden. [...] nie hat eine Partei größer und erhebender gehandelt als diese deutsche Sozialdemokratie.“

„Ohne Vorbehalt“ – so hält Otto Bauer in seinem 1923 erschienenen Werk „Die österreichische Revolution“ fest – „stellte sie [die sozialdemokratische Führung, Anm.] sich auf die Seite der Mittelmächte. Ohne Vorbehalt stellte sie ihren Einfluß auf die Massen in den Dienst der Kriegsführung.“ Und auch Victor Adler selbst gibt im Januar 1916 zu:

„Wir würden selbst, wenn man uns nicht jeder Möglichkeit der Willensäußerung beraubt hätte, die Mittel bewilligt haben, den Staat gegen Rußland zu verteidigen.“

„Die Partei darf sich nicht geistig assentieren lassen.“

Friedrich Adler, zitiert nach: Otto Bauer, Die österreichische Revolution, 1923

Indirekt profitiert die SDAP zunächst vom Krieg: Die parteieigenen Hammerbrotwerke liefern Brot an die Armee; die Konsumvereine erhalten Kredite, die ihr Überleben sichern; Karl Renner steigt 1916 sogar zum Direktor des Kriegsernährungsamtes auf; und Chefredakteur Friedrich Austerlitz betreibt in der *Arbeiter-Zeitung* Stimmungsmache im Interesse der Regierung: „*Deshalb wappnen wir uns zum Kampfe wider diese Wurzel des Bösen [...] und stehen kraftvoll zusammen, um dem Einbruch des Despotengeistes in unsere Gefilde zu wehren*“, heißt es am 11. August 1914.

Gegen die „*Burgfriedenspolitik*“, wie sie vor allem Victor Adler und Karl Renner propagieren, regt sich in der Partei zunächst kein namhafter Widerstand. Lediglich eine kleine Gruppe kritisiert die „*allzu große Kriegsbegeisterung*“ der Parteipresse, und Friedrich Adler legt aus Protest seinen Posten als Parteisekretär zurück:

„*Ich gestehe, daß ich glücklich wäre, wenn anstatt der täglichen Dokumentierung unserer Schmach das Blatt eingestellt, die Druckerei gesperrt und wir alle im Loch sitzen würden*“.

(Memorandum an den Parteivorstand, 13. August 1914)

Als „*Fanatiker der Parteieinheit*“, wie ihn Otto Bauer bezeichnet, beobachtet Victor Adler den offenen Konflikt innerhalb der deutschen Sozialdemokratie mit wachsender Sorge. In einem Brief an Karl Kautsky spricht er abfällig von dem „*Gesinde*“, das kein „*Parteivaterland*“ besitze, er wirft den linken Abweichlern sogar „*Landesverrat*“ vor, um „*im Ausland Reklame zu machen als die einzigen Gerechten in dem chauvinistischen Sodom*“.

„Gegen die chauvinistische Hetze der Arbeiter-Zeitung“

In Partei- und Gewerkschaftsblättern polemisieren die „*rechten Sozialpatrioten*“ und die „*linken Internationalisten*“ – soweit die Kriegszensur dies überhaupt zulässt – gegeneinander. „Rechts“ stehen die Parteiführung und die Gewerkschaften, die „*Deutschnationalen*“ Victor Adler und Engelbert Pernerstorfer sowie der „*Großösterreicher*“ Karl Renner; „links“ finden sich eine Gruppe sozialistischer Akademiker mit Robert Danneberg an der Spitze sowie die jüngere Führungsgarde – Friedrich Adler, Otto Bauer, Therese Schlesinger und Gabriele Proft. Victor Adlers Verdienste machen es allerdings nahezu unmöglich, Kritik an ihm zu üben. „*Die Partei leidet ungeheuer unter den guten Eigenschaften Viktor [sic!] Adlers*“, schreibt Therese Schlesinger. Und: „*Wir bleiben in der Partei solange als möglich und werden sie nach links drängen*“.

Besonders aktiv sind einige Ortsgruppen des Verbandes jugendlicher Arbeiter, die bereits im September 1914 ein Flugblatt „Gegen die chauvinistische Hetze der *Arbeiter-Zeitung*“ herausgeben. Größere Protestaktionen bleiben allerdings aus, zumal Oppositionelle vielfach ins Gefängnis wandern oder sofort „*einrückend*“ gemacht werden. In der Arbeiterschaft wird der Krieg allerdings nicht generell befürwortet. Es kommt zu einzelnen Streiks und zu einer breiten Austrittsbewegung. In Wien sinkt die Mitgliederzahl der SDAP bis zum Frühjahr 1916 auf 26 Prozent des Vorkriegsstandes!

Im März 1916 reaktiviert Friedrich Adler den Bildungsverein „Karl Marx“ als Organisationszentrum der Parteilinken. Die Aktivitäten der Kriegsgegner beschränken sich in erster Linie auf geschlossene Versammlungen und auf Appelle an die Parteileitung. Von der Parteipresse wird gefordert, „*den imperialistischen Charakter des Krieges aufzudecken und die Massen des Proletariats auf ihre Pflicht der internationalen Klassensolidarität zu verweisen*“. Die Parteiführung lässt sich allerdings nicht von ihrem Kurs abbringen. Victor Adler bezeichnet das Treffen von Zimmerwald sogar als „*ein Verbrechen an den Prinzipien der Sozialdemokratie*“.

„Der Ermordung Sr. Exzellenz [...] wurde bei der Konferenz keine Erwähnung getan.“

Polizeibericht anlässlich der Reichskonferenz der SDAP im November 1916 im Arbeiterheim Favoriten

Im Frühsommer 1916 bringen die katastrophale Ernährungslage, die steigende Unzufriedenheit der unter Kriegsverwaltung stehenden Industriearbeiter und die immer schärferen Nationalitäten-gegensätze Österreich an den Rand eines Aufstandes.

Am 21. Oktober 1916 befindet sich, so der Bericht der Polizeidirektion Wien, „Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident“ Karl Stürgkh „in Gesellschaft [...] und hatte seinen gewöhnlichen Platz eingenommen. [...] Um ½ 3 Uhr erhob sich ein Gast, der [...] an einem Tische allein seine Mahlzeit eingenommen hatte, begab sich eiligen Schrittes zu dem Tische des Herrn Ministerpräsidenten und feuerte aus einer Entfernung von ungefähr 1 ½ m aus einer 10 ½ cm langen Browningpistole rasch nach einander 3 Schüsse gegen den Kopf des Herrn Ministerpräsidenten ab“. Der Täter, „Dr. Friedrich Adler, der nach der Tat einen durchaus gefaßten Eindruck machte, gab an, keine Komplizen zu besitzen, sich schon seit langer Zeit mit dem Plane zu einer befreienden Tat getragen, den Entschluß, den Ministerpräsidenten zu töten, erst gestern gefaßt zu haben“.

„Adlers Tat“, so Otto Bauer 1923, „war ein Wendepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung.“ Die Partei distanziert sich zwar von dem Anschlag, die meisten Arbeiter nehmen die Tat jedoch „mit Sturm, mit Begeisterung“ auf. Mit seiner viel beachteten Verteidigungsrede – einer Abrechnung mit dem Militarismus des Habsburgerreiches – wird Friedrich Adler schließlich endgültig zum Helden der Arbeiterbewegung.



„Die Partei hat die Laster ihrer Gegner angenommen“

„Meine Herren! Ich habe ja schon gesagt, daß das ja im wesentlichen nicht bloß ein Attentat gegen Stürgkh war, sondern ein Attentat gegen die österreichische Moral. [...] Ich möchte aber sagen, daß Graf Stürgkh ein Gegner war, den ich in gewissem Sinne geachtet habe, weil er nämlich nicht von dieser österreichischen Immoral angekränkt war. Er war aus anderem Holze als die, die sich ihn gefallen ließen. [...] er war ein Mann, der mit klarer Absicht und bewußt Österreich in einen absolutistischen Staat verwandeln wollte und der mit klarer Überlegung und fester Hand auf dieses Ziel zusteuerte. [...] er war ein Gegner, den man achten konnte und mit dem man unerbittlich kämpfen mußte, er war ein Mann, der sich auf den Boden der Gewalt gestellt hat und kein österreichischer Lehmpatzen, wie sie sonst üblich sind. Er war ein Mann, den man wegbringen mußte, den ich – persönlich habe ich mit ihm nie gesprochen – in keiner Weise kränken wollte und dessen Charakter ich in gewisser Hinsicht die Achtung nicht versagen kann. Die Achtung versage ich bloß den Österreichern, die sich den Stürgkh gefallen ließen, ohne sich zur Wehr zu setzen und die durch ihr Verhalten gezeigt haben, daß jedes Land den Stürgkh hat, den es verdient.“

Mit der eigenen Partei geht Friedrich Adler ebenfalls hart ins Gericht: „Ich kann nur sagen, daß die Partei die Laster ihrer Gegner zum Teil angenommen hat; sie ist verchristlichsozialt, sie ist nationalisiert, sie ist verkleinbürgerlicht.“ Und geradezu prophetisch: „Wenn in Deutschland das preußische Junkertum nach kurzem Kriege als Sieger zurückkehrt, so ist dadurch für die Weiterentwicklung der Demokratie in Europa ein entsetzlicher Schaden zu gewärtigen, ein ebenso großer Schaden wie bei einer Niederlage. Ich wußte, daß aus einer Niederlage Revancheideen entstehen könnten und aus ihr der Militarismus neue Kräftigung erfahren, neue Kriegsrüstungen, neue Kriegsgefahren entstehen können.“

Friedrich Adler wird im Mai 1917 zum Tode verurteilt und im November zu 18 Jahren Kerker begnadigt. Kurz vor Kriegsende kommt er wieder frei. Das Angebot, die Führung der in Gründung befindlichen KPÖ zu übernehmen, lehnt er ab.

„In allen Versammlungen macht man jetzt Front gegen den Parteivorstand ...“

Josef Wiedenhofer, Metallarbeiter-gewerkschafter, Mai 1917

Nach dem Hungerwinter von 1916/17 ist der „Burgfrieden“ nicht mehr aufrechtzuerhalten. Bereits im Frühjahr kommt es in vielen kriegswichtigen Fabriken zu Streiks; Krawalle und Demonstrationen stehen auf der Tagesordnung. Treibende Kräfte dieser Unruhen sind meist Frauen und Jugendliche, die als ungelernte Arbeitskräfte die einberufenen Männer ersetzen müssen. In der Sitzung des Parteivorstandes vom 1. Juni 1917 macht Franz Domes, Sekretär des Metallarbeiterverbandes, „Jugendliche, Frauen, der Partei vollständig fernstehende Elemente, so Studenten, die sich als Arbeiter deklarieren“, dafür verantwortlich und pocht auf ein scharfes Vorgehen gegen diese „Disziplinlosigkeit“.

Ende Mai wird das Parlament erstmals wieder einberufen. In der Budgetdebatte vom 14. Juni 1917 fordert Karl Seitz, die politische und persönliche Verantwortung „aller derer festzustellen, die im Jahre 1914 an den maßgebenden Stellen standen und deren intellektuelle oder moralische Minderwertigkeit uns in diesen Krieg gerissen hat“.

Am Parteitag der SDAP im Oktober 1917 setzt sich der Standpunkt der „Linken“ allmählich durch; die Partei fordert einen Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“, die Kriegsbefürworter führen nur noch Rückzugsgefechte. Der aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte Otto Bauer bemüht sich um eine Versöhnung der Parteiflügel.

Im folgenden Winter spitzt sich die Versorgungslage weiter zu. Als am 7. November 1917 die Bolschewiki in Russland die Macht übernehmen, kommt es auch in Österreich zu euphorischen Solidaritätskundgebungen. Die Arbeiter-Zeitung schreibt: „In Rußland geht es um unsere eigenste Sache: vor allem um die Sache des Friedens.“



K. u. k. Verköstigungs-Station Kowel
Kaffee mit Brot

„Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“

Bei einer Friedensversammlung in Wien wird am 11. November die Parole ausgegeben: „Gebt uns den Frieden wieder oder wir legen die Arbeit nieder.“ Die Polizei notiert Rufe der Menge wie „Generalstreik!“, „Wir kommen wieder!“ oder „Revolution!“. Auch Victor Adler – bereits schwer herzkrank – gibt seine Politik „resignativer Anpassung“ auf und setzt den wachsenden Einfluss der Partei dafür ein, Konzessionen der Regierung zu erreichen. Die Friedensverhandlungen mit der neuen russischen Führung geraten durch die maßlosen deutschen Forderungen allerdings bald ins Stocken, und im Januar 1918 geht der Krieg im Osten weiter.

Als die Hoffnung auf einen baldigen Frieden schwindet, kommt es zwischen 13. und 25. Januar zu einem Streik, der bald weite Teile der Monarchie erfasst und als „Jännerstreik“ in die Geschichte eingehen wird.

„Ursprünglich wie ein Elementarereignis, das niemand rufen, und gewaltig wie ein Elementarereignis, das niemand zu bannen vermag, ist der Ausstand hereingebrochen.“

(Arbeiter-Zeitung, 18. Januar 1918)

Auf dem Höhepunkt der Bewegung beteiligen sich nicht weniger als 750.000 Arbeiter und Arbeiterinnen am Streik. Ministerpräsident Ernst Seidler sieht sich genötigt, Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Parteiführung aufzunehmen, die ihrerseits alle Kräfte aufbieten muss, um die Kontrolle über ihre Basis nicht zu verlieren. Der sozialdemokratische Parteivorstand selbst fasst eine Regierungserklärung, die den Streikenden eine bessere Lebensmittelversorgung und die Aufnahme von Friedensverhandlungen zusichert.

Bei einer Sitzung der Arbeiterräte im Eisenbahnerheim Margareten am 20. Januar setzt die Partei den Abbruch des Streiks durch. Der österreichischen Sozialdemokratie gelingt es damit, eine Spaltung der Arbeiterbewegung zu verhindern. Victor Adler stirbt am 11. November 1918, einen Tag vor Ausrufung der Republik.

Hungerwinter 1918.
Auf den abgeernteten Feldern in der Umgebung
Wiens werden essbare Überreste gesucht.

© ÖNB

Nahrungsmittelbon
© ÖNB

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“

Kaiser Wilhelm II.



Die Sozialdemokratie und der Krieg!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bewilligte heute die von der Regierung geforderten Kriegskredite. Gleichzeitig gab sie nachfolgende Erklärung über ihre Stellung ab:

Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Krise des Weltfriedens herbeigeführt wurde, haben sich in der letzten Zeit in der Welt manifestiert. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Tage des Friedens gekämpft. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Tage des Friedens gekämpft. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Tage des Friedens gekämpft.

Unter der Führung von August Bebel wird die SPD bei den Reichstagswahlen 1912 mit 110 Abgeordneten zur stärksten Fraktion im Deutschen Reichstag. Als nach Bebels Tod Friedrich Ebert neben Hugo Haase die Parteiführung übernimmt, setzt sich die reformistische Fraktion gegen den revolutionär-marxistischen Flügel um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin durch.

Zwei Tage vor dem Attentat in Sarajevo, am 24. Juni 1914, schreibt Karl Kautsky in einem Brief an Hugo Haase:

„Ich bleibe dabei, daß es unsere Pflicht ist, im Falle einer Kriegsgefahr alles aufzubieten, was wir vermögen, um einen Krieg zu verhindern, daß es aber ein verbrecherischer Unsinn wäre, wenn wir versuchen wollten, einen ausgebrochenen Krieg, den wir nicht zu verhindern mochten, in seiner Ausführung behindern zu wollen.“

Wenige Tage vor Kriegsausbruch verkündet der Parteivorstand im Zentralorgan Vorwärts: „Gefahr ist im Verzuge. Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch in Frieden knechten, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen. [...] Nieder mit dem Kriege!“ Doch schon am 31. Juli heißt es: „Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die vaterlandslosen Gesellen ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen.“

Am 4. August versammelt Kaiser Wilhelm II. die Abgeordneten aller im Reichstag vertretenen Parteien um sich und erklärt: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Stammesunterschied, ohne Konfessionsunterschied durchzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir das in die Hand zu geloben.“ Entgegen ihren verbindlichen Zusagen in der Sozialistischen Internationale stimmt die SPD-Fraktion geschlossen für die Kriegskredite. Hugo Haase, selbst ein Kriegsgegner, begründet die Zustimmung seiner Partei: Die freiheitliche Zukunft des Volkes sei bei einem Sieg des „blutrünstigen russischen Despotismus“ gefährdet. Wenige Wochen später merkt Karl Liebknecht, der Sohn des früheren Parteivorsitzenden, hingegen an:

„Bei einer anderen Haltung unserer Fraktion hätte der Krieg insbesondere weder in Frankreich, noch in Rußland, noch in England so populär werden können, wie er geworden ist.“

„Der Krieg und die Sozialdemokratie“

Tatsächlich macht die Phrase von der „Vaterlandsverteidigung“ viele Linke gefügsam. Viel an pathetischer Deutschtümelei ist in diesen Tagen zu hören: „Wir wollen sein! Sonst nichts! Und für uns heißt sein: deutsch sein!“ Anton Fendrich schreibt in seinem Pamphlet „Der Krieg und die Sozialdemokratie“: „Auch in der Sozialdemokratie schieden sich die heroischen von den sentimental Naturen. [...] Jetzt zeigte sich, was ein Kerl war.“ Liebknechts Position bezeichnet er als „die närrische Verwegenheit einer so befangenen Seele“. Selbst Marx und Engels („Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben“) dürften, so Eduard David 1915, „unter keinen Umständen als Kronzeugen genannt werden“.

In Wahrheit schreckt die deutsche Sozialdemokratie – ähnlich wie jene in Österreich – vor den befürchteten staatlichen Repressionen zurück. Viele Sozialdemokraten sehen zudem nun endlich das Ende des sozialen Stigmas, das Ende von Verfehlung und Verachtung gekommen.

Bei der Abstimmung über weitere Kriegskredite am 2. Dezember 1914 stellt sich einzig Karl Liebknecht dagegen. Am 20. März 1915 – es geht um die Bewilligung neuer Kriegskredite – verweigert auch Otto Rühle seine Zustimmung. Die Reaktionen der eigenen Genossen sind teilweise heftig. Die Bielefelder Volkswacht fordert Liebknechts „Kaltstellung“, das Volksblatt für Anhalt rät ihm, „eine eigene, eine neue Partei zu bilden“.

„Liebknecht ist heute der populärste Mann in den Schützengräben ...“

Karl Kautsky, August 1916

Mit der zunehmenden Dauer des Krieges und dem ausbleibenden Sieg beginnt der „Burgfrieden“ allmählich zu bröckeln. Versorgungsmängel und Kriegsmüdigkeit führen 1915 zu ersten wilden Streiks und Demonstrationen. Im Februar 1915 muss Rosa Luxemburg eine einjährige Gefängnisstrafe wegen „*Aufforderung zum Ungehorsam*“ antreten; Karl Liebknecht wird eingezogen, obwohl er als Reichstagsabgeordneter politische Immunität genießt.

Im Dezember 1915 lehnt auch der gemäßigte linke Parteiflügel um Hugo Haase weitere Kriegskredite ab. Fraktions- und Parteivorstand gehen nun scharf gegen die innerparteiliche Opposition vor: Am 12. Januar 1916 wird Liebknecht aus der Fraktion ausgeschlossen, Otto Rühle tritt zwei Tage später aus Solidarität aus. Am 24. März 1916 kommt es schließlich zum Bruch: 18 Abgeordnete verlassen die Fraktion. Sie bilden die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG), betrachten sich aber weiterhin als Mitglieder der SPD. Haase tritt als Parteivorsitzender zurück. Am Ende des Krieges, so meint er, werde es „*weder Sieger noch Besiegte, in Wahrheit wohl nur besiegte, aus Millionen Wunden blutende Völker*“ geben.



Am 1. Mai kommt es in mehreren Großstädten zu Antikriegsdemonstrationen. In Berlin ruft Liebknecht: „*Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!*“ Er wird verhaftet und am 23. August zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt, aus dem er erst unmittelbar vor Kriegsende wieder entlassen werden soll. Am 10. Juli 1916 nimmt die Staatsgewalt Rosa Luxemburg in „Schutzhaft“.

Im September 1916 tagt die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokraten; dabei kommt es zu Tumulten und Handgreiflichkeiten. Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann versuchen in ihren Reden einmal mehr, die Bewilligung der Kriegskredite durch einen Hinweis auf den vermeintlich „*aufgezwungenen Verteidigungskrieg*“ gegen das „*reaktionäre Zarenreich*“ zu rechtfertigen. Das Parteiorgan *Vorwärts*, das immer wieder Sympathien für die Linken zeigt, wird im Herbst 1916 nach einem wiederholten Verbot durch die Behörden von der Parteirechten übernommen („Vorwärts-Raub“).

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Am 18. Januar 1917 werden Hugo Haase und 18 weitere Abgeordnete wegen ihres Antikriegskurses aus der Partei ausgeschlossen. Unter Führung Haases gründen sie am 8. April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Die bereits 1916 von den radikalen Kriegsgegnern unter Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gegründete Gruppe Internationale, aus der 1917 die Spartakusgruppe – ab November 1918 Spartakusbund – hervorgeht, bildet bis zum Kriegsende den linksrevolutionären Flügel der USPD, die, abgesehen von ihrer vehementen Ablehnung des Krieges, sehr unterschiedliche Inhalte vertritt. In ihr sammeln sich sozialdemokratische Traditionalisten wie Haase, revisionistische Kriegsgegner wie Eduard Bernstein, führende Theoretiker des einstigen „*marxistischen Zentrums*“ wie Karl Kautsky, der langjährige Herausgeber der Zeitschrift *Die Neue Zeit*, und die marxistischen Revolutionäre der Spartakusgruppe. Der Verzicht auf die Gründung einer eigenen linksradikalen Partei wird später von vielen als „*schwerer Unterlassungsfehler*“ kritisiert werden.

Die SPD, die sich nach der Spaltung den Namen Mehrheitssozialdemokratische Partei (MSPD) gibt, setzt unter Friedrich Ebert die Bewilligung weiterer Kriegskredite fort, drängt aber zugleich auf innere Reformen im Reich.

„Jetzt heißt es sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, sonst gibt es doch anarchistische Zustände im Reich.“

Philipp Scheidemann, 6. November 1918

Die Novemberrevolution von 1918 hat die Umwandlung des Deutschen Reiches in eine parlamentarisch-demokratische Republik zur Folge. Unmittelbarer Auslöser ist der geheime Flottenbefehl der Seekriegsleitung vom 24. Oktober, trotz der bereits feststehenden Niederlage zu einer letzten, entscheidenden Schlacht gegen die britische Marine auszulaufen. Aus der Meuterei einiger Schiffsbesatzungen und dem anschließenden „Kieler Matrosenaufstand“ entwickelt sich binnen weniger Tage eine revolutionäre Bewegung, die ganz Deutschland erfasst. Federführend sind dabei die Arbeiter- und Soldatenräte, die die Revolution in die Großstädte tragen.

Am 7. November proklamiert der Sozialdemokrat Kurt Eisner die Republik Bayern. Tags darauf erreicht die Revolution Sachsen, Hessen, Franken und Württemberg. Am 9. November 1918 gibt schließlich Reichskanzler Max von Baden unter dem Druck der Ereignisse die Abdankung Kaiser Wilhelms II. bekannt und überträgt das Reichskanzleramt – ohne verfassungsmäßige Grundlage – an den MSPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert.



Die Ausrufung der Republik

Philipp Scheidemann, neben Ebert Parteivorsitzender der MSPD, ruft am 9. November vom Balkon des Reichstages die erste deutsche demokratische Republik aus: *„Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Unehre gereicht. Seid einig, treu und pflichtbewußt. Das alte und morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue. Es lebe die deutsche Republik.“* Die Antwort des vorzeitig aus der Haft entlassenen Karl Liebknecht lässt nicht lange auf sich warten: Fast zeitgleich proklamiert er – erst im Berliner Tiergarten, dann vom Stadtschloss aus – die *„freie sozialistische Republik“* Deutschland.

Am 10. November wird ein Berliner Räteparlament gebildet, das einen sechsköpfigen Rat der Volksbeauftragten wählt, eine paritätisch mit MSPD- und USPD-Mitgliedern besetzte Revolutionsregierung unter der Führung von Friedrich Ebert und Hugo Haase. Diese provisorische Regierung, der auch Philipp Scheidemann, Otto Landsberg, Wilhelm Dittmann und Emil Barth angehören, organisiert zunächst die Abwicklung des Waffenstillstandes vom 11. November. Uneinigkeit herrscht im Rat über die künftige Regierungsform: Während die USPD ein Räteystem befürwortet, drängen die Mehrheitssozialdemokraten auf die baldige Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung.

Kurz nach der Entlassung Rosa Luxemburgs aus dem Breslauer Gefängnis am 9. November wird der Spartakusbund auf Initiative Karl Liebknechts neu gegründet. Der Bund, dessen Programm Rosa Luxemburg verfasst, tritt für die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und für die Errichtung einer Räterepublik ein. Im Organ der Bewegung, der *Roten Fahne*, veröffentlicht Luxemburg am 14. Dezember ihren programmatischen Artikel *„Was will der Spartakusbund?“*. Darin heißt es: *„Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution: Er ist identisch mit dem Siege der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats.“* Liebknecht verweigert den Eintritt in die Regierung, der Spartakusbund ist deshalb in keinem Gremium vertreten.

Die Koalition zwischen MSPD und USPD scheitert bereits Ende 1918, vor allem am Streit um den Einsatz von Militär gegen revoltierende Matrosen. Nach dem Rücktritt der drei USPD-Vertreter wird der Rat der Volksbeauftragten durch die beiden Mehrheitssozialdemokraten Gustav Noske und Rudolf Wissell ergänzt.

„Einer muss den Bluthund machen!“

Gustav Noske

Der Oktoberrevolution in Russland steht die Spartakusgruppe grundsätzlich positiv, in Einzelfragen aber auch kritisch gegenüber. Für Rosa Luxemburg birgt Lenins „Kaderkonzept“ die Gefahr einer Diktatur, die die demokratische Mitwirkung der Arbeiter an der Revolution ersticken könne. Ende Dezember 1918 beschließt der Spartakusbund, die linken Kräfte der Revolution zu bündeln, und hält dazu einen Reichskongress in Berlin ab. Gemeinsam mit anderen linksrevolutionären Gruppierungen wird am 1. Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gegründet. Damit ist die endgültige Spaltung der deutschen Sozialdemokratie in eine revolutionäre und eine reformorientierte Partei vollzogen.

Wenige Tage später kommt es wegen der Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn zu einem bewaffneten Aufstand der Revolutionären Obleute der Berliner Rüstungsbetriebe, dem sich die KPD anschließt. Etwa 500.000 Menschen folgen dem Aufruf zum Generalstreik, mehrere Berliner Zeitungsgebäude werden besetzt. Versuche, Teile des revolutionsfreundlichen Militärs für einen bewaffneten Aufstand gegen die Regierung Ebert zu gewinnen, schlagen allerdings fehl.

Nach ergebnislosen Verhandlungen setzt Friedrich Ebert am 9. Januar 1919 zunächst reguläres Militär in Marsch. Als auch schwer bewaffnete rechte Freikorps auf Befehl des Volksbeauftragten für Heer und Marine, Gustav Noske, in die Kämpfe eingreifen, kommt es zu blutigen Straßenkämpfen und Massenexekutionen.



Arbeiter, Bürger!
Das Vaterland ist dem Untergang nahe.
Rettet es!
Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:
Von der Spartakusgruppe.
Schlagt ihre Führer tot!
Tötet Liebknecht!
Dann werbet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!
Die Frontsoldaten;

„Auf der Flucht erschossen“

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg tauchen zunächst in Neukölln unter, dann in der Mannheimer Straße in Wilmersdorf. Hier verfasst Liebknecht am 14. Januar sein politisches Testament: „*Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!*“

Am 15. Januar werden Liebknecht und Luxemburg verhaftet und ins Hauptquartier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division im Hotel Eden an der Budapester Straße gebracht. Der Kommandeur der Division, Waldemar Pabst, kontaktiert Noske, um das weitere Vorgehen zu besprechen, worauf dieser erklärt haben soll: „*Dann müssen Sie selbst wissen, was zu tun ist.*“ Karl Liebknecht wird im Tiergarten aus nächster Nähe von hinten erschossen, Rosa Luxemburg wenig später bei ihrem Abtransport. Ihren Leichnam wirft man in den Landwehrkanal. In einem Pressecommuniqué heißt es, Liebknecht sei „*auf der Flucht erschossen*“ und Luxemburg „*von der Menge getötet*“ worden.

Die Vossische Zeitung schreibt am 16. Januar: „*Es ist nicht zu verkennen, daß an den beiden terroristischen Führern eine Art Volksgericht vollstreckt worden ist. [...] Der Spartakus-Schrecken hat durch diese Tat seine furchtbarste Ablehnung von Seiten des Volkes erfahren.*“ Und Philipp Scheidemann erklärt im Vorwärts vom 17. Januar:

„*Man hat die schrecklichen Ereignisse, die wir in Berlin in den letzten Tagen durchlebten, einen Bruderkrieg genannt. [...] Verbrecher und Plünderer sind nicht meine Brüder.*“

Infolge der öffentlichen Mordaufrufe werden auch weitere führende Mitglieder der Spartakisten und der USPD ermordet, unter ihnen der neue KP-Chef und zeitweilige Lebensgefährte Rosa Luxemburgs, Leo Jogiches, sowie der erste Ministerpräsident des bayerischen Freistaates, Kurt Eisner.

Friedrich Ebert gilt der radikalen Linken fortan als „*reaktionärer Verräter der Arbeiterklasse*“, während er von den Rechten als „*Verzichtspolitiker*“ und „*Landesverräter*“ diffamiert wird.

„... nous répondons ,présent‘ à l’ordre de mobilisation.“

„... wir antworten mit ‚Anwesend‘ auf den
Befehl zur Mobilmachung.“

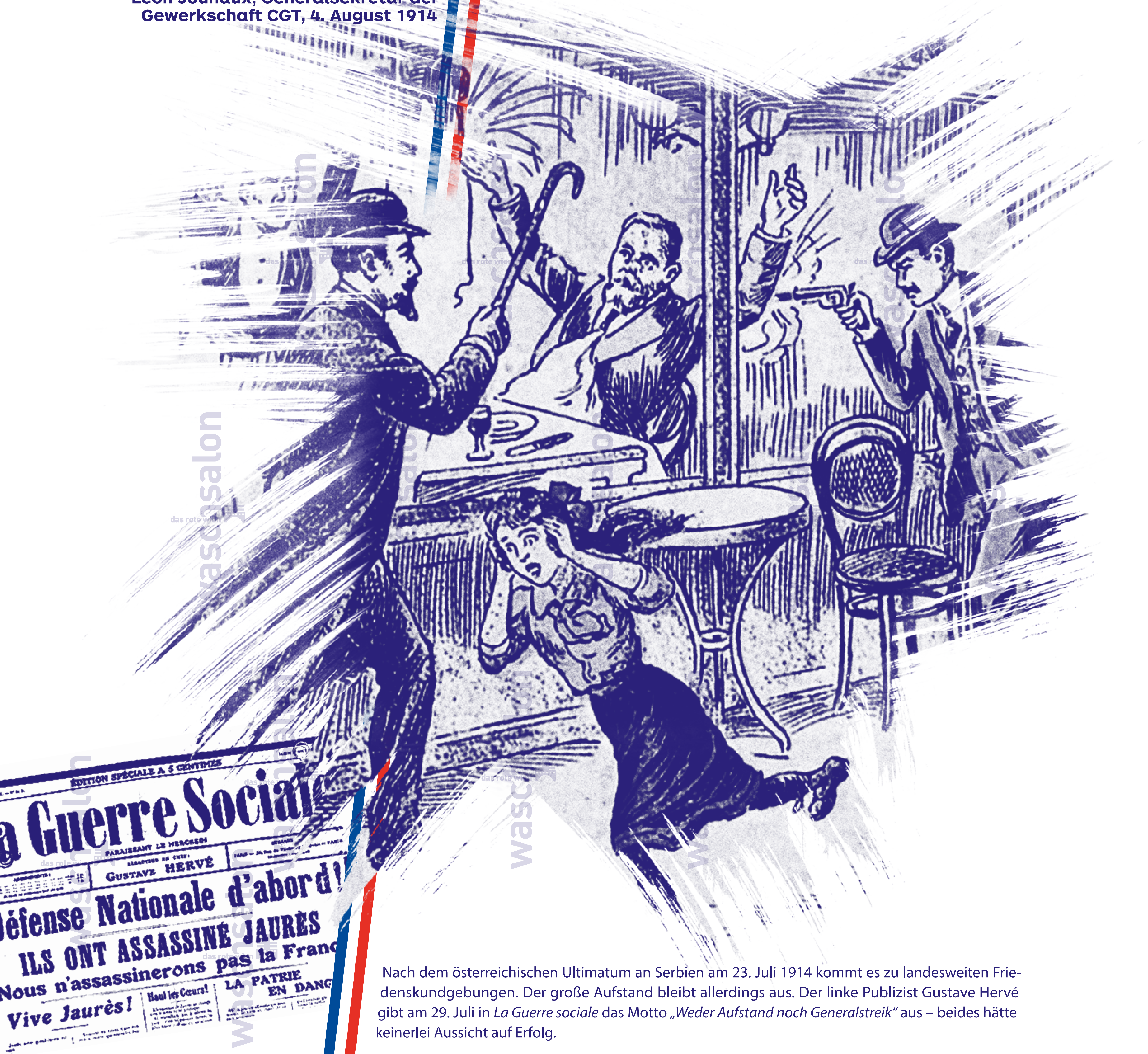
Léon Jouhaux, Generalsekretär der
Gewerkschaft CGT, 4. August 1914

Die Section française de l’Internationale ouvrière (SFIO, Französische Sektion der Arbeiter-Internationale) geht 1905 aus der Vereinigung des radikalen Parti socialiste de France (PSDF) mit Édouard Vaillant und Jules Guesde sowie des reformorientierten Parti socialiste français (PSF) mit Jean Jaurès und Aristide Briand hervor. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges hält die SFIO im französischen Parlament 101 von 600 Mandaten und stellt somit die zweitstärkste Fraktion.

Die französischen Sozialisten propagieren ein Milizheer, bekämpfen den neuen dreijährigen Militärdienst und halten sich für bedeutend genug, einen drohenden Krieg verhindern zu können. Während der Zweiten Marokkokrise 1911 versucht die SFIO sogar, zwischen Frankreich und Deutschland zu vermitteln. Auch die stets ihre Unabhängigkeit gegenüber der Partei betonende Gewerkschaft CGT erklärt: Im Kriegsfall würden die Arbeiter mit der Ausrufung eines revolutionären Generalstreiks antworten.

Der „Apostel des Friedens“

Der Anführer der französischen Linken, Jean Jaurès, ist ebenfalls ein leidenschaftlicher Kriegsgegner und als solcher einer medialen Hexenjagd ausgesetzt. Er wird als „Verräter“ denunziert; im *Paris-Midi* vom 17. Juli 1914 ruft der Journalist Maurice de Waleffe gar dazu auf, „dem Bürger Jaurès aus nächster Nähe jenes Blei zu verpassen, das ihm im Hirn fehlt“.



Nach dem österreichischen Ultimatum an Serbien am 23. Juli 1914 kommt es zu landesweiten Friedenskundgebungen. Der große Aufstand bleibt allerdings aus. Der linke Publizist Gustave Hervé gibt am 29. Juli in *La Guerre sociale* das Motto „Weder Aufstand noch Generalstreik“ aus – beides hätte keinerlei Aussicht auf Erfolg.

Jean Jaurès gelingt es noch, Partei und Gewerkschaften auf einen gemeinsamen Kurs einzustimmen. In der *Humanité* vom 31. Juli ruft er dazu auf, der Diplomatie eine Chance zu geben. Am selben Abend fällt er dem Anschlag eines nationalistischen Attentäters zum Opfer. Tags darauf erfolgt die Generalmobilmachung.

„Die Heimat in Gefahr“

Unter dem Eindruck der deutschen Kriegsbegeisterung schlägt die mehrheitlich skeptische Stimmung in Frankreich um. Antigermanismus und Revanchegelüste für den verlorenen Krieg von 1870 gewinnen Oberhand; zumindest fügt sich die Mehrheit der Franzosen in das „Unausweichliche“. Hervé, bis dahin Kriegsgegner, schreibt am 1. August: „Sie haben Jaurès ermordet, wir werden Frankreich nicht ermorden!“ Die Zeitung *Le Bonnet rouge* titelt „Zu den Waffen, Bürger!“ und greift die Parole der Französischen Revolution auf: „Frieden den Völkern! Krieg den Königen!“

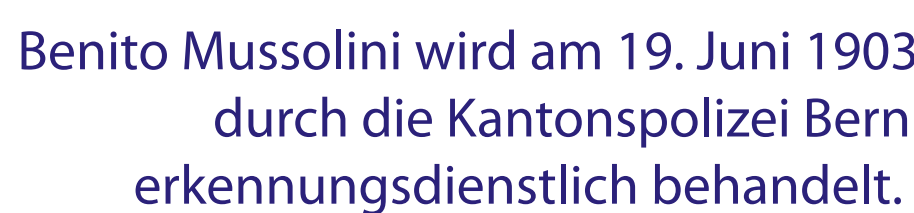
Am 4. August 1914 stimmt die Mehrheit der SFIO der Bewilligung von Kriegskrediten zu; wenig später treten sozialistische Politiker in das „Kabinett der nationalen Einheit“ von René Viviani ein und besiegeln damit den innenpolitischen „Waffenstillstand“. Staatspräsident Raymond Poincaré prägt – als Antwort auf den deutschen „Burgfrieden“ – den Begriff der „Union sacrée“, des „geheiligten Bundes“. Die französische Arbeiterklasse ist ein Teil der Nation geworden und verteidigt die Werte der Republik. Und die SFIO spricht fortan vom hoffentlich „letzten Krieg“, aus dem ein „neues Europa“ und in naher Zukunft sogar die „Vereinigten Staaten von Europa“ hervorgehen würden.

Zeitgenössische Illustration
des Attentats auf Jean Jaurès
© privat

La Guerre Sociale, 1. August 1914
© privat

**Costantino Lazzari,
sozialdemokratischer Politiker**

Als 1912 mit Filippo Turati einer der Gründerväter des PSI gegen den Italienisch-Türkischen Krieg Stellung bezieht, verweigert ihm ein Teil der Partei die Gefolgschaft. Nach dem Ausschluss dieser nationalistischen Abweichler setzt sich innerhalb des PSI vorübergehend eine am Syndikalismus – einer antiparlamentarischen, gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung – orientierte Gruppe um den radikalen Jungfunktionär Benito Mussolini durch, der auch die Redaktion der Parteizeitung *Avanti* übernimmt.



„The Party was no party in reality.“

„Die Partei war in Wirklichkeit keine.“

Ramsay MacDonald,
Tagebucheintrag, 5. August 1914

Die im Jahr 1900 als Labour Representation Committee (LRC) gegründete britische Arbeiterpartei setzt sich aus sehr unterschiedlichen Flügeln zusammen: den pragmatischen und an tagespolitischen Lösungen orientierten Gewerkschaften, der seit 1881 bestehenden, marxistisch ausgerichteten Social Democratic Federation (SDF), der 1893 gegründeten „humanistisch-idealistischen“ Independent Labour Party (ILP) und der von „bürgerlichen“ Intellektuellen getragenen Fabian Society.

Nach den Unterhauswahlen 1906, die dem LRC bedeutende Zugewinne bringen, benennt sich die Partei in Labour Party um; ihr erster Vorsitzender wird James Keir Hardie, bis dahin Chef der ILP. Da die Labour Party bei Wahlen häufig mit den Liberalen kooperiert, verfügt die britische Arbeiterbewegung schon früh über eine solide gesellschaftliche Verankerung und bleibt von repressiven Angriffen des Staates weitgehend verschont.



MacDonald versus Henderson

Bei Kriegsausbruch konkurriert der pazifistische Flügel um den Parteivorsitzenden Ramsay MacDonald mit dem patriotischen Flügel um Arthur Henderson. Im Gegensatz zur deutschen SPD zerbricht die Labour Party an dieser Auseinandersetzung jedoch nicht.

Am 2. August 1914 findet am Trafalgar Square eine große Antikriegskundgebung statt. Weite Teile der Arbeiterschaft scheinen entschlossen, für den Frieden einzutreten. Doch schon am nächsten Tag wird klar, dass Großbritannien nicht neutral bleiben würde. Als die Unterhausfraktion, angeführt von Arthur Henderson, am 5. August 1914 für die von der Regierung vorgelegten Kriegskredite stimmt, legt MacDonald den Parteivorsitz zurück. Von der Mehrheit der Bevölkerung wird er des Verrats bezichtigt und von der Presse teilweise heftig attackiert.

Labour wird gesellschaftsfähig

Im Gegensatz zu MacDonald ist Arthur Henderson kein grundsätzlicher Gegner des britischen Kriegseintritts. Die Labour Party profitiert davon: Von Mai 1915 bis August 1917 gehört Henderson – als erster Labour-Minister – den Kriegskabinetten von Herbert Henry Asquith und David Lloyd George an.

Von den linken Parteien lehnen nur die Socialist Labour Party und die Independent Labour Party einen Kriegseintritt konsequent ab. Die Phrasen vom „*letzten Krieg der Geschichte*“, vom „*Krieg, der den Krieg beenden wird*“, dienen vielen vormaligen Kriegsgegnern als Legitimation. Was für die deutschen „*Sozialchauvinisten*“ der russische Zarismus, ist für die britischen Labour-Führer der preußische Militarismus. „*We must see it through*“ wird zur Lieblingsformulierung der Kriegsbefürworter.

Wegen der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen kommt es im Spätherbst 1915 vor allem in Schottland zu ersten größeren Streiks. Nach einigen Konzessionen seitens der Regierung setzt sich in der Labour Party wiederum die rechte Parteimehrheit durch. Auch in den letzten Kriegsmonaten werden die „*aufsässigen Arbeiter*“ durch großzügige Lohnerhöhungen noch einmal ruhiggestellt.

Im Verlauf des Krieges entwickelt sich die Labour Party von einer drittrangigen politischen Gruppierung zur wichtigsten Oppositionspartei des Landes und löst damit die Liberale Partei als zweite Kraft ab. Nachdem die Konservativen bei der Wahl 1923 die Mehrheit verlieren, beauftragt König George V. Ramsay MacDonald mit der Bildung einer Minderheitsregierung. Der uneheliche Sohn eines Hausmädchens wird somit zum ersten Labour-Premierminister des Empire.

„Середины нет.“

„Einen Mittelweg gibt es nicht“

W. I. Lenin, Eine der Kernfragen der Revolution, September 1917

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) wird 1898 in Minsk als Zusammenschluss von sechs verschiedenen Organisationen gegründet. In der Folge entstehen im gesamten Land dutzende lokale Zeitungen, Komitees und Gruppierungen – viele werden allerdings von der Polizei bald wieder aufgelöst. Die illegal herausgegebene Zeitung *Iskra* („Der Funke“), an der Wladimir Iljitsch Lenin und die „Gruppe zur Befreiung der Arbeit“ um Georgi Plechanow mitarbeiten, entwickelt sich zum Diskussionsforum der jungen russischen Sozialdemokratie.

Spaltung in Bolschewiki und Menschewiki

Auf dem 2. Parteitag der SDAPR 1903 in London kommt es nach Auseinandersetzungen über organisatorische und strategische Fragen zur Spaltung in einen radikalen und einen gemäßigten Parteiflügel: in die Fraktion der Mehrheit oder Bolschewiki um Lenin und in ihre in der Minderheit befindlichen innerparteilichen Gegner, die Menschewiki.

Die Sozialdemokraten boykottieren die Parlamentswahl zur ersten Duma im Jahr 1906, die sie als „Scheinparlament“ ablehnen. In der zweiten und dritten Duma sind sie zwar vertreten, allerdings mit nur wenigen Abgeordneten. 1912 werden die noch verbleibenden Menschewiki ausgeschlossen und bilden eine eigenständige Partei, während die SDAPR mit dem Zusatz „(B)“ für Bolschewiki versehen und als straffe „Kaderpartei“ organisiert wird. Ihr Einfluss bleibt bis zur Februarrevolution 1917 allerdings gering.



Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges stimmen fünf bolschewistische Duma-Abgeordnete gegen den Krieg; sie werden nach Sibirien verbannt. Lenin und Leo Trotzki befinden sich zu diesem Zeitpunkt im Ausland. Während Lenin die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg fordert – alle Sozialisten sollten für die Niederlage ihres eigenen Landes kämpfen –, bezeichnet Trotzki die Arbeit für den Frieden als die „*eigentliche sozialistische Aufgabe im Krieg*“.

Machtübernahme

Die kriegsbedingte Industrialisierung Russlands führt zu einem starken Anwachsen der proletarischen Bevölkerung in den Städten; die Partei gewinnt mit Fortdauer des Krieges stark an Zulauf. Nach der Februarrevolution 1917 und dem Sturz des Zaren stellen die Bolschewiki im Petersburger Sowjet die stärkste Fraktion sowie auch die Mehrheit im Revolutionären Militärkomitee, das die Oktoberrevolution organisieren wird.

Am 15. März 1917 heißt es in einem Artikel in der von Josef Stalin und Lew Kamenjew herausgegebenen Zeitung *Prawda*:

„Nicht die Desorganisation der revolutionären und der sich revolutionierenden Armee und nicht das inhaltlose ‚Nieder mit dem Krieg!‘ ist unsere Losung. Unsere Losung ist Druck auf die Provisorische Regierung mit dem Ziele, sie zu zwingen, offen vor die ganze Weltdemokratie zu treten, mit dem Versuche, alle kriegführenden Länder zu einer sofortigen Aufnahme von Verhandlungen über die Methoden der Beendigung des Weltkrieges aufzufordern. Bis dahin aber bleibt jeder auf seinem Kampfposten.“

Nach der Auflösung der Provisorischen Regierung durch Rotgardisten am 25. Oktober 1917 und der bald darauf folgenden Zerschlagung der Konstituierenden Versammlung sind die Bolschewiki, die sich ab 1918 Kommunistische Partei Russlands nennen, de facto die herrschende Macht im Land.